



AFP/03/2022

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal
am Dienstag, dem 14.06.2022, 15:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:03 Uhr

Ende: 15:47 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau stellv. Landrätin Anja Altmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Henrik Buschmann, 31582 Nienburg

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe

Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen

Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau

Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau
Herr KTA Guido Rode, 31632 Husum-Bolsehle
Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe
Herr KTA Christian Wittenberg, 31627 Rohrsen

als stv. Vorsitzender
als Vertretung für
KTA Linderkamp
als Vertretung für
KTA Kopp
als Vertretung für
KTA Barg
als Vertretung für
KTA Weißenborn

als Vertretung für
KTA Heusmann

Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 NKomVG

Frau KTA Katharina Fick, 31637 Rodewald
Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe

Verwaltung

Herr KVOR Torsten Röttschke,
Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
Frau KVR Kerstin Schwill-Rudolph, FB Rechnungsprüfung
Herr KAR Gerd Pröstler, Team Finanzwirtschaft

als Protokollführer

Der stv. Vorsitzende KTA Bergmann-Kramer eröffnet um 15:03 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses Finanzen und Personal, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 27.01.2022
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 15.02.2022
- TOP 3: Jahresabschluss 2019 - Entlastung des Landrates **2022/051**
- TOP 4: Vorläufige Jahresergebnisse 2020 und 2021 **2022/073**
- TOP 5: 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2022 **2022/074**
- TOP 6: Aufhebung der Jagdsteuersatzung **2022/075**
- TOP 7: Konsolidierter Gesamtabschluss - Verzicht auf die Aufstellung konsolidierter Gesamtabschlüsse für die Jahre 2012 bis 2020 und Festlegung des Konsolidierungskreises **2022/090**
- TOP 8: Rücklagenbildung beim BgA Volkshochschule **2022/071**
- TOP 9: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 10: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der stv. Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat
In Vertretung

gez. Bergmann-Kramer

gez. Pröstler

gez. Röttschke

Kreistagsabgeordneter

KAR Pröstler

KVOR Röttschke



Protokoll zu TOP 1

14.06.2022

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 27.01.2022

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal genehmigt das Protokoll aus seiner Sitzung vom 27.01.2022.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit fünf Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

14.06.2022

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 15.02.2022

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für Finanzen und Personal genehmigt das Protokoll aus seiner
Sitzung vom 15.02.2022

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit vier Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 3

2022/051

14.06.2022

Jahresabschluss 2019 - Entlastung des Landrates

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.
2. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 7.320.981,17 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 210.561,56 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
4. Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVR Schwill-Rudolph gibt an, dass sich bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 eine Beanstandung im Bereich der Planungsgenauigkeit ergeben hätte.

Hinweise gäbe es insbesondere hinsichtlich der rechtlichen Vorgaben und Plan-Ist-Abweichungen.

Das Jahresergebnis sei sehr positiv ausgefallen.

Für alle EU-Ausschreibungen hätten inländische Firmen den Zuschlag bekommen. Insgesamt seien 31 % der Ausschreibungen an Firmen im Landkreis Nienburg vergeben worden und 18 % in benachbarte Landkreise. Zu 31 % der Vergaben wären keine Bedenken erhoben bzw. Bemerkungen gemacht worden (wie im Vorjahr). Es seien 23 Verwendungsnachweise im Rahmen der Förderungsgewährung durchgeführt worden.

Es bestünden insgesamt keine Bedenken gegen die Entlastung des Landrates.



Protokoll zu TOP 4

2022/073

14.06.2022

Vorläufige Jahresergebnisse 2020 und 2021

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

KAR Pröstler erläutert, dass sich das Jahresergebnis 2020 gegenüber dem Ansatz um 12,9 Mio. Euro auf 11,9 Mio. Euro verbessere. Der Bestand an investiven Schulden habe sich auf 44,2 Mio. Euro reduziert. Die entsprechenden Unterlagen würden aktuell an das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

Der Jahresabschluss 2021 sei noch nicht fertiggestellt, da noch Abschlussbuchungen erforderlich seien. Das Jahresergebnis 2021 verbessere sich nach vorläufiger Berechnung gegenüber dem Ansatz um 17 Mio. Euro auf über 9 Mio. Euro. Der Bestand an investiven Schulden habe sich auf 37,1 Mio. Euro reduziert.

Auf Anmerkung von KTA Bergmann-Kramer, dass die gesetzliche Vorgabe hinsichtlich der Erstellung der Jahresabschlüsse erneut nicht eingehalten würde, erklärt KVOR Röttschke, dass dies insbesondere an den aufwendigen Buchungen im Bereich der Anlagebuchhaltung läge.



Protokoll zu TOP 5

2022/074

14.06.2022

1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2022

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für 2022 werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KAR Pröstler erklärt, die Aufstellung eines Nachtrags sei u.a. aufgrund der steigenden Transferaufwendungen (Mehrbedarf im Sozial- und Jugendhilfe) notwendig gewesen. Daneben wären weitere bekannte Änderungen im Bereich Gesundheitsdienste einzuplanen, so hätte sich der Aufwand und die Erstattung für die Impfteams gegenüber der Planung deutlich reduziert.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen reduziere sich um 24,4 Mio. Euro, da aufgrund des veränderten Verfahrens beim Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale die Finanzierung angepasst worden wäre.

Die Nachtragshaushaltssatzung verändere sich im § 1 auf einen Fehlbetrag in Höhe von 21,3 Mio. Euro, der in § 3 festgelegte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen reduziere sich auf 45,5 Mio. Euro. Die weiteren Punkte blieben unverändert.

In der Vorlage wären weitere 300.000 Euro aus dem Bereich Asylbewerberleistungsgesetz noch nicht berücksichtigt. Ferner würde der Landkreis, als kommunale Katastrophenschutzbehörde, bis zu 100.000 Euro für die Beschaffung von Betreuungs- und Sanitätsmittelreserven erhalten.

KVOR Röttschke ergänzt, dass Betreuungs- und Sanitätsmittel für 100 Personen vorgehalten werden müssten.

KTA Heineking fragt nach, ob die Abrechnung mit dem Land für das Impfzentrum vollständig erfolgt sei, ferner woraus sich die Veränderungen bei den Impfteams ergäben.

KVOR Röttschke erklärt, dass die Abrechnung für das Impfzentrum vollständig erfolgt sei. Die Veränderung bei den Impfteams ergäbe sich aus dem deutlichen Rückgang der Impfungen. Es würden nicht alle Impfteams eingesetzt, hieraus ergäben sich die dargestellte Verringerung des Aufwandes und der damit verbundenen Erstattung durch das Land.

KTA Hille stellt fest, dass es bei der Mittelverwendung im Katastrophenschutz-Bereich keine Gremienbeteiligung gäbe. Außerdem merkt er an, dass die Jahresergebnisse in der Vergangenheit immer wesentlich besser abgeschlossen hätten.

KVOR Röttschke entgegnet, dass in den Planungen die Unwägbarkeiten, z.B. der Ukraine-Krieg und die damit verbundene Fluchtbewegung und Marktanpassungen im Jugendhilfebereich, nicht absehbar gewesen wären. Somit könne das Jahresergebnis 2022 auch besser ausfallen.



Protokoll zu TOP 6

2022/075

14.06.2022

Aufhebung der Jagdsteuersatzung

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Jagdsteuersatzung vom 16.03.2018 wird mit Wirkung vom 01.04.2022 aufgehoben.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 7

2022/090

14.06.2022

Konsolidierter Gesamtabchluss - Verzicht auf die Aufstellung konsolidierter Gesamtabschlüsse für die Jahre 2012 bis 2020 und Festlegung des Konsolidierungskreises

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Nach § 179 Abs. 1 Ziff. 1 NKomVG wird von der Aufstellung konsolidierter Gesamtabschlüsse für die Jahre 2012 bis 2020 abgesehen.
2. Nach § 179 Abs. 1 Ziff. 2 NKomVG wird von der Beifügung einer Kapitalflussrechnung zum Konsolidierungsbericht für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2021 verzichtet.
3. Der Landkreis Nienburg/Weser beschließt, den ersten konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2021 aufzustellen.
4. Der Konsolidierungskreis wird wie in der Vorlage vorgeschlagen festgelegt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KAR Pröstler erläutert die Beschlussvorlage, insbesondere die mit der Erstellung verbundene Arbeitszeit sei nicht unerheblich. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wäre der vorliegende Konsolidierungskreis sinnvoll.

Auf Nachfrage von KTA Bergmann-Kramer erklärt KVR Schwill-Rudolph, dass das Rechnungsprüfungsamt keine Bedenken zu der Vorgehensweise hätte.



Protokoll zu TOP 8

2022/071

14.06.2022

Rücklagenbildung beim BgA Volkshochschule

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Jahresergebnis 2021 des Produktbereiches Volkshochschule wird zur zukünftigen Verlustabdeckung und Finanzierung von Investitionen für die Volkshochschule in die Rücklage des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Volkshochschule eingestellt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KAR Pröstler erläutert die Beschlussvorlage, insbesondere, dass der Kreistag innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres einen entsprechenden Beschluss fassen müsse, um eine Versteuerung der Überschüsse zu vermeiden.



Protokoll zu TOP 9

14.06.2022

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Beratungsgang:

Es werden keine Mitteilungen gegeben und keine Anfragen gestellt.



Protokoll zu TOP 10

14.06.2022

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.